Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen Ausgabe. Sonnabend, den 6. Dezember 1884. Nr. 572.

Deutschland.

Berlin, 5. Dezember. Das erste deutsche Blaubuch ist erschienen, und wir müßten uns sehr täuschen, wenn Fürst Bismarck mit demselben im deutschen Reichstage und beim deutschen Volke nicht einen durchschlagenden Erfolg haben sollte, denn er kommt damit einem Bedürfnisse und einem oft ausgesprochenen dringlichen Wunsche nach. Das erste deutsche Blaubuch bezieht sich auf die neue deutsche Kolonialpolitik und besteht in einer Zusammenstellung von Aktenstücken, deren erste Sammlung im Augenblick dem Bundesrath und Reichstag vielleicht schon zugegangen sein dürfte.

Theil I des Berliner Blaubuches über deutsche Kolonialpolitik enthält das diplomatische Material, welches sich im Kerne auf das deutsche Protektorat über das Kongogebiet und die Biafra-Bai bezieht, und umfaßt die Zeit vom 14. April 1883 bis zum 13. Oktober 1884. Aus den veröffentlichten Aktenstücken ist die Entwickelung der ganzen Aktion an der Westküste Afrikas leicht zu verfolgen.

Wir beschränken uns für heute auf eine kurze übersichtliche Darstellung. Am 14. April 1883 fordert das auswärtige Amt die freien Hansestädte auf, indem es auf eine englisch-französische Konvention bezüglich gewisser Ansprüche in Westafrika Bezug nimmt, die Beschwerden und Wünsche des deutschen Handels- und Schifffahrtsverkehrs in Westafrika nebst sachverständigen Gutachten dem Auswärtigen Amte mitzutheilen. Dies geschieht alsbald insbesondere in einer ausführlichen Hamburger Denkschrift, welche um deshalb bemerkenswerth ist, weil in derselben bereits die Neutralisirung der Kongomündung und des benachbarten Küstenstriches gewünscht wird, sowie die Begründung einer Flottenstation und die Erwerbung eines Küstenstrichs in Westafrika zur Gründung einer Handelskolonie in Biafra Bai.

Mittlerweile spielt sich in der hohen Politik die bekannte Geschichte mit dem englisch portugiesischen Kongo-Vertrag ab, der durch den Einspruch Deutschlands in's Wasser fällt. Zu gleicher Zeit spinnt sich die Angra-Pequenna-Angelegenheit ab, und am 19. Mai 1884 geht sodann unter Dr. Nachtigal die Reichs-Kommission auf der „Möwe" nach Westafrika ab. Dr. Nachtigal erhält vom Fürsten Bismarck eine lange Instruktion mit auf den Weg, aus welcher wir u. A. Folgendes entnehmen:

„.... Um den Angehörigen des Reiches an der Westküste von Afrika gegen die Verdrängung aus den in den einzelnen Gebieten errungenen Positionen durch etwaige Besitzergreifung von anderer Seite Sicherheit und hiermit die Möglichkeit weiterer Entwickelung zu gewähren, hat Seine Majestät der Kaiser beschlossen, den Schutz der Deutschen und ihres Verkehrs in einigen Küstenstrichen im Namen des Reiches unmittelbar zu übernehmen. Die Einrichtung eines Verwaltungs-Apparates, die die Entsendung einer größeren Anzahl deutscher Beamten bedingen würde, die Errichtung ständiger Garnisonen mit deutschen Truppen und die Uebernahme einer Verpflichtung des Reiches, den in solchen Gebieten sich ansiedelnden Deutschen und ihren Faktoreien und Unternehmungen, auch während etwaiger Kriege mit größeren Seemächten, Schutz zu gewähren, wird dabei nicht beabsichtigt.

Für unseren Zweck wird der Abschluß von Freundschafts-, Handels- und Protektorats-Verträgen ausreichen, durch welche die zur Ausübung wirksamen Schutzes deutscher Unterthanen erforderlichen Rechte erworben werden. Es handelt sich zunächst um folgende Punkte, die wir gegen eine unseren Handel schädigende Beschlagnahme von Seiten anderer Mächte sicherzustellen wünschen u. s. w.

1) Angra Pequenna u. s. w.

2) Der Küstenstrich zwischen dem Nigerdelta und Gaboon, insbesondere die Strecke gegenüber der Insel Fernando Po in der Bai von Biafra möglichst westlich von der Kamerun-Mündung bis zum Kap St. John. ....

Die kaiserliche Oberhoheit ist erst nach deren vertragsmäßiger Anerkennung von Seiten der eingeborenen Häuptlinge oder auf Grund zuvoriger Erwerbung in den betreffenden Gebieten von Seiten Angehöriger des Reiches durch Ew. ꝛc. zu proklamiren.

Die interessirten deutschen Firmen haben bereits einige vertragsmäßige Erwerbungen gemacht, und können die betreffenden Gebiete daher sofort vorbehaltlich der bestehenden Rechte Dritter unter das Protektorat Sr. Majestät des Kaisers gestellt werden. ....

Bei Aufrichtung der Schutzherrschaft Seiner Majestät des Kaisers ist es angezeigt, unsererseits diejenigen Grundsätze zu bethätigen, deren Verletzung seitens anderer Mächte die berechtigten Interessen unserer Angehörigen vielfach geschädigt und unseren Entschluß, einige noch unabhängige Gebiete hiergegen sicherzustellen, hervorgerufen hat.

Bei den abzuschließenden Verträgen und bei deren Verkündigung wird daher ... ausdrücklich auszusprechen sein, daß wir die von anderen Nationen oder deren Angehörigen mit den Eingeborenen früher abgeschlossenen Handels-Verträge und Kontrakte respektiren und überhaupt die in den betreffenden Gebieten bestehende Handelsfreiheit aufrecht erhalten würden. Auch ist dem Antrage sub 6 gemäß den eingeborenen Häuptlingen die Forterhebung von Abgaben in der seitherigen Weise zu gestatten.

Vorbehaltlich der definitiven Beschlußfassung über den Rang und die Befugnisse des für diesen Küstenstrich zu ernennenden kaiserlichen Kommissars, ermächtige ich Ew. ꝛc. mit allerhöchster Genehmigung, entweder im Einverständniß mit dem Kommandanten S. M. Kanonenboot „Möve" einen Offizier dieses Fahrzeuges oder eine Ihnen sonst geeignet erscheinende Persönlichkeit als interimistischen Vertreter Sr. Majestät des Kaisers einzusetzen.

III. Außer diesen Küstenstrichen haben Ew. ꝛc. Little Popo anzulaufen. Aus dem Ihnen mitgetheilten Berichte des Kapitän Stubenrauch sind Sie über die früheren Vorkommnisse an diesem Küstenpunkte unterrichtet. In der Voraussetzung, daß inzwischen die Häuptlinge sich keine Gewaltthätigkeiten mehr gegen die deutschen Firmen haben zu Schulden kommen lassen, sind die von S. M. S. „Sophie" seiner Zeit genommenen Geiseln wieder in Freiheit zu setzen.

Nach neueren Mittheilungen der dortigen deutschen Firmen hat der englische Gouverneur der Goldküste unmittelbar nach der Abfahrt S. M. S. „Sophie" seine Bemühungen fortgesetzt, um auf eine englische Annexion dieses Küstenstrichs hinzuwirken. Unter dem 5. März d. J. haben der König von Little Popo und Grigi und eine Anzahl von Häuptlingen das zu Ew. ꝛc. Kenntnißnahme abschriftlich beifolgende Schreiben an Se. Majestät den Kaiser gerichtet, worin dieselben unter dem Ausdruck des Dankes für die Friedensstiftung durch das deutsche Kriegsschiff Seiner Majestät um Uebernahme des Protektorats behufs Abwendung der befürchteten Annexion durch England bitten.

Im Laufe der vertraulichen Besprechungen des Fürsten Hohenlohe mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten über westafrikanische Fragen, welche wir möglichst im Einvernehmen mit Frankreich zu behandeln wünschen, ist uns französischerseits mitgetheilt worden, daß bereits vor einem Jahre die Häuptlinge von Little Popo mit Frankreich eine Art Protektoratsvertrag abgeschlossen hätten. Dieser sei einstweilen nicht publizirt worden, und man sei ungewiß, ob der Zeitpunkt für die Veröffentlichung jetzt schon gekommen sei. Wir haben deshalb die französische Regierung wissen lassen, wir würden unser Entgegenkommen auf diesem Gebiet zunächst dadurch bethätigen, daß wir das hierher gerichtete Gesuch des Königs und der Häuptlinge zu Little Popo in Erwartung unserer Verständigung mit Frankreich einstweilen auf sich beruhen lassen und, falls Frankreich dazu übergebe, seinen Vertrag zu publiziren und in Kraft zu setzen, solchen unsererseits respektiren würden.

Wir gingen hierbei von der Annahme aus, daß die französische Regierung die an die Uebernahme der Herrschaft über diesen Küstenstrich seitens einer anderen Macht sich knüpfenden Besorgnisse des deutschen Handelsstandes durch Aufrechterhaltung der daselbst bestehenden Handelsfreiheit zerstreuen werde.

Ew. ꝛc. wollen in dieser wie in den übrigen Fragen jeder Kollision unserer und der französischen Interessen sorgfältig aus dem Wege gehen.

gez. v. Bismarck."

Am 23. August 1884 trifft sodann das erste Telegramm Dr. Nachtigals ein, worin er den Abschluß eines Protektionsvertrages mit dem König von Togo anzeigt, und daß der englische Beamte in Quittah davon benachrichtigt sei.

— Im konservativen Lager hofft man trotz der augenblicklichen Spannung, welche zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Zentrum oder vielmehr dessen Führern besteht, doch noch auf eine schließliche Verständigung, wenn nur das Zentrum bei nächster Gelegenheit thatsächlich den Beweis liefert, daß es keineswegs so regierungsfeindlich gestimmt ist, als der Herr Reichskanzler anzunehmen scheint. Konservativerseits führt man übrigens den Groll des Fürsten-Reichskanzlers weniger auf das Mißlingen seines langgehegten Planes, der Bildung einer konservativ-nationalliberalen Regierungsmajorität, als vielmehr auf das Stocken der kirchenpolitischen Verhandlungen mit Rom zurück. Der Herr Reichskanzler hat dies am Mittwoch auch ziemlich unverblümt ausgesprochen; er hat aber verschwiegen, daß er den langsamen Gang der Verhandlungen mit Rom vornehmlich auf den Einfluß des Zentrumsführers zurückführt, der die Verhaltungsmaßregeln für die römische Kurie in der letzten Landtagssession ganz offen dekretirte. In Rom wird man den reichskanzlerischen Wink schwerlich unbeachtet lassen, und es wird sich dann auch bald Gelegenheit finden, dem Herrn Reichskanzler zu zeigen, daß es auch der Kurie nicht „an gutem Willen" fehlt.

— Die konservative und klerikale Presse ist noch sehr schweigsam betreffs der gestrigen Reichstagsverhandlung über den Antrag Windthorst. Die Angelegenheit ist allerdings für diejenigen konservativen Blätter, deren Freunde vor sechs Monaten für den Antrag und gestern gegen denselben votirten, eine recht heikle. Die „Germania", für welche ein solches Motiv nicht in Betracht kommt, ist trotzdem noch völlig stumm über die bedeutungsvolle Debatte; man scheint im klerikalen Lager über die aus ihr zu ziehenden Folgerungen noch nicht einig zu sein. Die „Neue Preußische Zeitung" dagegen vertritt entschlossen den Standpunkt der kleinen konservativen Gruppe, welche auch gestern mit dem Zentrum votirte; sie sagt u. A.:

„Die eigene Schilderung des Kanzlers bestärkt uns in der Meinung, daß die Verhandlungen mit der Kurie aussichtslos sind. Des Diplomatisirens auf dem Gebiete der kirchenpolitischen Gesetzgebung ist nunmehr genug geschehen, und es ist endlich an der Zeit, durch eine autonome Revision der Maigesetzgebung, wie sie auch die preußische Regierung prinzipiell in Aussicht gestellt hat, eine grundsätzliche Ordnung dieser Dinge herbeizuführen. Auch für die Gesundung unserer Parteiverhältnisse bietet ein solches Vorgehen den allein richtigen Weg, weil die, wie wir zugegeben, wenig erfreuliche ausschlaggebende Stellung des Zentrums im Parlament nur dann, sei es auf friedlichem Wege, sei es im Wege des Kampfes, beseitigt werden kann, wenn die gerechten Beschwerden der katholischen Bevölkerung gegenstandslos gemacht werden. Durch schroffe Haltung gegen das Zentrum in kirchenpolitischen Fragen erreicht man zur Zeit nichts weiter als eine Verbitterung der katholischen Wähler und dadurch eine Verstärkung der Position des Zentrums selbst. Die Gangbarkeit aber des von uns in Aussicht genommenen Weges steht außer Zweifel. Im preußischen Landtage haben die Konservativen eine Majorität sowohl mit dem Zentrum, wie mit den National-Liberalen."

Es ist allerdings sehr zu bezweifeln, daß die letzteren diejenigen Forderungen der Klerikalen „gerecht" finden werden, welche den Herren von Kleist-Retzow und Genossen so erscheinen. Prinzipiell wird man aber außerhalb des Zentrums wohl überall darin einig sein, daß die endliche Feststellung dessen, was kirchenpolitisches Recht sein soll, auf dem Wege der autonomen Gesetzgebung dem Diplomatisiren mit der Kurie vorzuziehen ist. Der Antrag Windthorst jedoch gehört in das letztere Kapitel — nur daß er bestimmt ist, in der Politik des Diplomatisirens die Kurie gegen die preußisch-deutsche Regierung zu stärken.

— Die „Germania" beginnt heute ihre Erörterungen über die Mittwochsdebatte des Reichstags; erwähnenswerth ist vor der Hand nur folgende Bemerkung:

Der Reichskanzler wird die Folgen in unserem Handeln sehen, und auch die Parteien werden nach ihrem Verhalten diesem Gesetze gegenüber in erster Linie von uns gewogen werden. Wer nicht einmal dieses Gesetz sofort zu beseitigen bereit ist, beweist eine Gesinnung in der Sache oder eine Feigheit gegenüber äußerem Drucke, wodurch er jeder Unterstützung seitens der Katholiken Deutschlands verlustig geht.

— Generalfeldmarschall Freiherr von Manteuffel wird, wie man der „Nat.-Ztg." berichtet, nachdem sein Allerhöchsten Ortes bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin angebrachtes Gesuch um Enthebung von seinem verantwortlichen Posten nicht erfüllt worden ist, vorläufig in seiner Stellung als Statthalter der Reichslande verbleiben. Ob er auch das Kommando über das 15. Armeekorps beibehalten wird, ist fraglich. Als sein event. Nachfolger wird jetzt nicht mehr der Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, Generallieutenant v. Kleist, sondern der kommandirende General des 6. Armeekorps, General der Kavallerie v. Wichmann, genannt. Die Gründe, die den Statthalter bewogen haben, um seinen Abschied zu bitten, sollen nicht aus den persönlichen Verhältnissen des Generalfeldmarschalls, sondern aus der Lage von Elsaß Lothringen genommen worden sein, um der Reichsregierung die Möglichkeit eines Systemwechsels zu eröffnen. Man hat Herrn von Manteuffel's Wunsch in Berlin nicht erfüllt, sondern ihn unter ausdrücklicher Bezeugung vollsten Vertrauens zu bestimmen vermocht, seinen Posten beizubehalten.

— Bei der gestern stattgehabten Nachwahl in Danzig hat sich die Nothwendigkeit einer Stichwahl ergeben. Es erhielten der deutsch freisinnige Kandidat Schrader 6376, der konservative v. Ernsthausen 2985, der klerikale Landmesser 2895, der sozialdemokratische Jochem 1451. Am 28. Oktober waren für diese vier Parteien resp. 7249, 3482, 3146 und 577 Stimmen abgegeben worden. Liberale, Konservative und Klerikale waren gestern offenbar einigermaßen wahlmüde, während die Sozialdemokratie solche Anwandlungen nicht kennt. Der Sieg des Herrn Schrader in der Stichwahl scheint nicht zweifelhaft.

— Zur Warnung für Auswanderer wird der „N. A. Z." Folgendes mitgetheilt:

Ein Auswanderungsagent in Antwerpen sucht seit einiger Zeit — anscheinend nicht ohne Erfolg — deutsche Auswanderer unter betrüglichen Vorspiegelungen für die Kolonie Grao Para in Brasilien anzuwerben. Derselbe bietet zu diesem Zwecke Auswanderungslustigen billige Passage nach Brasilien an, indem er denselben als „baar zu bezahlendes Passagegeld" eine verhältnißmäßig geringe Summe bezeichnet. Hat der Auswanderer dann das geforderte Angeld eingesandt oder sich gar schon nach dem Einschiffungshafen begeben, so wird von ihm die Unterzeichnung eines Vertrages verlangt, Inhalts dessen er sich verpflichtet, noch den $7\frac{1}{2}$fachen Betrag der zuerst bezeichneten Summe als „vorgeschossenen Theil des Passagegeldes" innerhalb 5 Jahren mit 6 pCt. jährlichen Zinsen an die Direktion der Kolonie Grao Para zurückzuzahlen. Einer rechtzeitigen Belehrung der Betreffenden sucht der Agent durch den nachstehenden „Rath", welchen er in den an die Angeworbenen versandten lithographirten Schreiben ertheilt, vorzubeugen:

„Ich rathe Ihnen — so heißt es dort —, während der Reise nach Antwerpen Niemandem, wer es auch sein möge, die von mir erhaltenen Briefe und Papiere zu zeigen oder gar auszuliefern, weil solche Personen, welche sich den Auswanderern unter irgend einem Vorwande aufzudrängen suchen, es meistens nur in der Absicht thun, sie irre zu führen oder zu betrügen."

Mögen die Auswanderer dann in Antwerpen erkennen, in welche Abhängigkeit und in welches Elend sie sich durch die Uebernahme einer derartigen Schuldenlast begeben; erfahrungsmäßig ist es für sie dort zu spät, sich dem Netze des Agenten zu entziehen.

— Nach Londoner Meldungen fangen die Chinesen in Tonkin wieder an, offensiv aufzutreten. Port Arthur, im Meerbusen von Petschili, ist, wie es heißt, von 6600 Chinesen besetzt. Die vier Kriegsschiffe „Gang Wei", „Chao-Gang", „Hen-Tung" und „Chen Chung" beschützen die Einfahrt in den Hafen. Am südlichen Eingange ist ein Fort mit 6 schweren Kruppkanonen errichtet rechts ein Fort mit zwei Kruppkanonen und mehreren Geschützen von geringerem Kaliber; eine englische Meile weit ungefähr von diesen beiden Forts sind Festungswerke, welche Tiau Tu Tai beschützen. Die Forts sind unterminirt.

Posen, 4. Dezember. Das Expatriirungsgesetz ist dieser Tage gegen den Geistlichen Barcikowski in Gr. Laki bei Kosten angewendet worden. Demselben wurde wegen unbefugter Vornahme von geistlichen Amtshandlungen der Aufenthalt im Regierungsbezirk Posen bedingungslos untersagt. Der Ausgewiesene

war wiederholt mit den Maigesetzen in Konflikt gerathen.

Ausland.

Paris, 4. Dezember. Der durch die Annahme des Amendements Floquet entstandene Konflikt ist in der vorausgesehenen Weise gelöst worden. Die Deputirtenkammer hat heute die Berathung des Senats-Wahlgesetzes beendigt und die Vorlage angenommen, welche der Konseilpräsident dann sofort dem Senate unterbreitet hat, indem er die Dringlichkeitserklärung verlangte. Der Senat hat dieselbe votirt und die Vorlage der Kommission zur schleunigen Berichterstattung überwiesen. Die Debatte im Senate soll, wenn möglich, schon morgen stattfinden, damit die Deputirtenkammer am Montag die Berathung über die vom Senate modifizirte Vorlage wieder aufnehmen kann.

Wenn das Wahlgesetz bis Mittwoch nicht perfekt wird, so können verfassungsmäßig die am elften Januar stattfindenden Senatorenwahlen noch nicht nach dem neuen Wahlmodus erfolgen. Deshalb ist Eile geboten. Als der Konseil-Präsident heute die vorgestrige Abstimmung analysirte, um nachzuweisen, daß er berechtigt wäre, anzunehmen, die Majorität werde bei der wiederholten Berathung das Amendement Floquet verwerfen, machten die Rechte und die äußerste Linke einen solchen Lärm, daß der Konseilpräsident einen Augenblick die Tribüne verließ, bis es schließlich dem Präsidenten Brisson gelang, einigermaßen die Ruhe herzustellen.

Paris, 4. Dezember. Die Tarifkommission der Deputirtenkammer hat heute im Widerspruche mit dem niedrigere Sätze enthaltenden Vorschlage des Ministers folgende Sätze angenommen. Weizen drei Francs, Gerste zwei, Hafer 1½ Francs, Mehl sieben Francs pro Zentner. (Nat.-Ztg.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin 6. Dezember. Aus der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung tragen wir noch folgendes über die Berathung der Schul-Vorlage nach:

Nachdem in der Sitzung vom 23. Oktober die Herstellung von 2 Elementarschulen nach dem System des Flachbaues auf dem Toepffer'schen Grundstück an der Kronenhof- und Löwestraße beschlossen, hat der Magistrat einen Vertrag mit Herrn E. Toepffer (vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten) abgeschlossen. Danach will die Stadt das ganze Terrain an der Buggenhagen-, Löwe- und Kronenhofstraße von zusammen 6119 qm für die Summe von 71,560 M. (für einen Theil des Terrains wird 10 M., für den günstiger gelegenen 15 M. pr. qm bezahlt) kaufen. Die Finanzkommission befürwortet den Ankauf des außerordentlich günstig gelegenen Terrains und bewilligt die Versammlung die Kaufsumme von 71,560 M. sowie die antheiligen Pflasterungskosten der anliegenden Straßenstrecken von 7795 M. Gleichzeitig ist auch den Stadtverordneten ein Projekt über die beiden zu erbauenden Schulhäuser, von denen das eine an der Kronenhof- und Löwestraße, das andere an der Löwe- und Buggenhagenstraße liegen soll, zugegangen. Die beigefügten Magistratsbeschlüsse mit Bezug auf den Beschluß der Stadtverordneten vom 23. Oktober gehen dahin: 1) Die beiden Bürgerschulen sollen nach Maßgabe der beigefügten Skizze auf dem betr. Terrain gebaut werden. 2) Ein Lehrerhaus soll im vorliegenden Falle nicht erbaut werden (die Stadtverordneten hatten beschlossen, daß, wo es irgend angänglich sei, Lehrerhäuser gebaut werden sollen). 3) Die Bauplätze für die beiden Turnhallen sind an der Hinterfront des Grundstücks anzunehmen. 4) Es soll zunächst nur eine der beiden Turnhallen gebaut werden. Bei weiterem Bedarf ist diese Turnhalle nach rechts und ev. links zu verlängern. Die Finanz-Kommission beantragt hiergegen: den Beschlüssen des Magistrats wird zugestimmt mit folgenden Modifikationen: „1) Ein Wohnhaus für die beiden Hauptlehrer und Schuldiener soll an der Buggenhagenstraße zwischen den beiden Schulhäusern erbaut werden; 2) sollen die Aborte der beiden Schulen aus der Flucht der Hinterfront der beiden Schulhäuser verlegt werden; 3) den Magistrat zu ersuchen, bei Verkauf der Restparzellen für Freihaltung des Lichtes durch Eintragung in das Grundbuch dadurch Sorge zu tragen, daß über die Tiefe des Schulhauses hinaus an der Grenze der Schulgrundstücke Gebäude nicht errichtet werden."

Der Referent Herr Decker giebt ein anschauliches Bild von dem Bauprojekt, welches den Anforderungen der Schuldeputation über die erforderlichen Räume in jeder Hinsicht entspricht (jede Schule hat 12 Klassenzimmer, 1 Rektorzimmer, Konferenzzimmer, Reserveklassen ꝛc.). Mit dem Magistratsbeschluß, daß von dem Bau eines Hauses für Lehrerwohnungen abgesehen werden solle, hat sich die Finanz-Kommission um so weniger einverstanden erklären können, als es sich hier um die Beaufsichtigung des großen Turnplatzes handelt. Das Lehrerhaus soll nach dem Antrage der Finanz-Kommission an der Löwestraße, zwischen den beiden Schulhäusern gebaut werden und bleibt dann nach jeder Seite hin eine Breite von 15 m frei. — Ref. bittet die Magistratsvorlage mit den von der Finanz-Kommission beantragten Modifikationen anzunehmen. — Stadtbaurath Kruhl erklärt sich mit den Vorschlägen der Finanz-Kommission einverstanden, Oberbürgermeister Haken bittet aber den Bau des Lehrerhauses abzulehnen, während die Herren Wächter und Dr. Eckert für den Bau des Lehrerhauses plaidiren. Nachdem noch der Referent ausgeführt hatte, daß die Kosten für die beiden Schulhäuser, Turnhalle ꝛc. auf 291,500 M. veranschlagt seien, wird die Magistratsvorlage mit den Abänderungsvorschlägen resp. Zusätzen der Finanz-Kommission angenommen. Von dem ganzen Platze bleiben, nach Errichtung der beiden Schulen der Stadt noch 2 Baustellen von je 720 qm zur Verfügung.

Stettin, 6. Dezember. In Bezug auf die Prozeßbefugnisse des Staatsanwalts in der Hauptverhandlung einer Strafsache hat das Reichsgericht, 3. Strafsenat, durch Urtheil vom 6. Oktober d. J. eine Entscheidung gefällt, wonach der Staatsanwalt nach seiner Schlußausführung und seiner Erwiderung auf die Schlußausführung der Vertheidigung nicht berechtigt ist, nach der zweiten Entgegnung der Vertheidigung zum dritten Male zu einer nochmaligen Gegenausführung das Wort zu ergreifen, wenn ihm der Gerichtsvorsitzende nicht das Wort nochmals einräumt.

— Sitzung der Polytechnischen Gesellschaft vom 28. November. Vorsitzender Herr Dr. Delbrück. Die Frage aus voriger Sitzung: 1) „Was ist Wasserstoffsäure" bleibt unbeantwortet. 2) „Wie untersucht man Urin am leichtesten auf Zucker" wird bis zur nächsten Sitzung verschoben. 3) „Wie verhalten sich die Herren Aerzte unseres Vereins zu dem Jäger'schen Wollregime?" wird von einem anwesenden Arzte dahin beantwortet: Der menschliche Organismus besitzt eine Anzahl sehr sinnreicher Einrichtungen, welche ihn befähigen, trotz großer Schwankungen der äußeren Temperatur seine bestimmte Eigenwärme festzuhalten und sich auch bis zu einem gewissen Grade den Einflüssen der Witterung gegenüber zu behaupten. Diese Schutzeinrichtungen beruhen, wie Redner des Näheren ausführt, zum Theil in der eigenartigen Struktur der Haut, mit ihren sehr zahlreichen Nervenendigungen und ihrem sehr ausgebreiteten Gefäßnetze, welches unter dem Einfluß der Kälte sich zusammenzieht und das Blut in das Innere des Körpers treibt, unter dem Einfluß der Wärme aber erschlafft, also eine große Menge des Blutes in die Peripherie des Körpers führt, wo dasselbe in Form von Schweiß einen Theil seines Wassers an die Oberfläche der Haut abgiebt. Da der verdunstende Schweiß Wärme bindet, so wirkt er abkühlend. Von der prompten Funktionirung dieser und anderer in Betracht kommenden Schutzmechanismen hängt die Widerstandsfähigkeit unseres Körpers gegen Wärmeeinflüsse ab. Wir haben also dahin zu streben, die Leistungsfähigkeit jener Schutzapparate möglichst zu steigern. Nun läßt sich aber ebenso, wie man die Kraft eines Muskels durch Uebung erhöhen, durch Schonung herabsetzen kann, die Leistungsfähigkeit jener Schutzapparate durch energische Inanspruchnahme erhöhen, durch allzu ängstliche Schonung vermindern. Das erstere nennt man Abhärtung, das letztere Verweichlichung. In unseren Klimaten kommen wir mit diesen natürlichen Schutzeinrichtungen nicht aus. Wir müssen denselben zu Hülfe kommen durch die Kleidung. Diese soll so beschaffen sein, daß sie die Leistung jener Schutzapparate unterstützt, nicht aber sie ersetzt. Wer also mit gar zu großer Fürsorge seinen Körper in Wolle hüllt, der verweichlicht denselben, weil er ihn von der Selbsthülfe entwöhnt. Eine derartige Fürsorge bei der Bekleidung ist nur angezeigt gegenüber kranken oder besonders schwächlichen Individuen, oder auch bei solchen, deren Beruf ganz außergewöhnliche Anforderungen an die Widerstandsfähigkeit des Organismus stellt, wie bei den Seeleuten, Jägern ꝛc. In diesen Fällen ist ja auch die Wolle von Alters her in Gebrauch. Nur ist es eine Uebertreibung zu fordern, daß jede Faser der Bekleidung aus Wolle bestehen müsse. Wenn aber gesunde, kräftige Männer in alltäglicher Berufsthätigkeit den Einfluß der Witterung als eine feindliche Macht ansehen, gegen die man sich vom Scheitel bis zur Sohle mit Wolle und nur mit Wolle panzern müsse, wenn selbst vor ihrer Nase nur ein aus der allein seligmachenden Wolle gefertigtes Taschentuch Gnade findet — so ist das einer von den unnatürlichen Auswüchsen unserer Zeit, die des psychologischen Interesses nicht entbehren. — Zwei der anwesenden „Wollnen" nehmen die Jäger'schen Theorien, welche sie an ihrem eigenen Leibe ausprobirt, in Schutz. Neue Fragen: 1) Woran kann man erkennen, ob in der Zimmerluft Cholerabacillen vorhanden sind? und wie kann man dieselben unschädlich machen? 2) Bieten die hier käuflichen Kohlenfilter einen Schutz gegen organische Verunreinigung des Trinkwassers, namentlich gegen Cholerakeime (Mikroben)? 3) Kennt Jemand eine Erklärung der Cumberland'schen Spiritistenkunststücke: Stecknadelfinden ꝛc.? Herr Dr. Delbrück berichtet über die Konferenz von Delegirten verschiedener Vereine zur Gründung eines Lesevereins und hält dann einen Vortrag über Ventilation. Er führt aus, wie das Bedürfniß nach guter Luft heut zu Tage schon ein so allgemeines geworden, daß der Ventilationsfrage bei jedem Neubau eine hervorragende Wichtigkeit beigelegt werde, und beleuchtet in Kürze die verschiedenen Systeme, des speziellen auf die Ventilation des Konzerthauses und die des neuen Reichstagsgebäudes eingehend. Da diese Angelegenheit noch häufig zur Erörterung kommen dürfte, so mögen heute diese Andeutungen genügen. Herr Postrath Seiler sprach hierauf, wie schon berichtet, über die Errichtung eines Sommer und Winter geöffneten Schwimmbades.

— (Personal-Chronik.) Instituirt sind: der bisherige Predigtamts-Kandidat Dürr als Pastor in Dobberphul, Synode Kammin; der bisherige Predigtamts-Kandidat Lüdde als Diakonus an der St. Nikolai-Kirche in Wollin; der bisherige Diakonus Mohr in Gramzow in der Uckermark als Pastor an der St. Nikolaikirche in Kammin und der bisherige Pfarrverweser Wegener als Pastor in Wusterhanse, Synode Neustettin.

— (Pfarr-Vakanzen.) Die Pfarrstelle zu Rützenhagen, Synode Rügenwalde, ein Unikum königlichen Patronats, kommt in Folge der Emeritirung des bisherigen Inhabers zum 1. April 1885 zur Erledigung. Das Einkommen der Stelle beträgt 1970 Mark neben freier Wohnung. Hiervon ist jedoch die Pfründenabgabe an den Pensionsfond der evangelischen Landeskirche zu entrichten. — Die Pfarrstelle in Groß-Benz, Synode Daber, Privat-Patronats mit 5 Kirchen, ist durch Todesfall erledigt und zum 1. Januar 1886 wieder zu besetzen. Das Einkommen der Stelle beträgt ca. 5150 M. neben freier Wohnung.

— Nach dem Betriebs-Reglement ist den Reisenden 4. Klasse die Mitführung von Handwerkszeug, Tornistern, Tragelasten in Körben, Säcken, Kiepen und anderen Gegenständen, wie sie Fußgänger bei sich führen, gestattet, und zwar ist das Maximalgewicht dieser mitzuführenden Gegenstände auf 35 Kilogramm festgesetzt worden. Dieser Bestimmung zuwider werden nach wiederholt gemachten Wahrnehmungen Gegenstände in Wagen 4. Klasse geschafft, die in keinem Falle zu den Tragelasten gerechnet werden können und aus großen Reisekoffern und Reisekörben, oft aus kaufmännisch verpackten Kisten und Waarenballen bestehen, zu deren Bewegung sogar mehrere Personen nothwendig waren. Für die Folge soll der Einbringung solcher Gegenstände, welche nach ihrer Schwere und ihrer Dimension nicht als Tragelasten anzusehen sind, streng entgegengetreten werden; die Zugbegleitungsbeamten sind mit Rücksicht auf die für andere Reisende entstehenden Belästigungen mit entsprechender Anweisung versehen worden.

— Zu den Bezirken unserer Stadt, in welchen zahlreiche arme Familien wohnen, gehört auch die Lastadie, hier bietet sich noch ein großes Feld zur Unterstützung und ist es kaum möglich, daß dort durch die Kommunal-Armenpflege die größte Noth gelindert werden kann. Private Hülfe ist dringend nöthig und hat sich auch für jene Gegend der „Bezirks-Armenpflege-Verein Lastadie" gebildet, um helfend einzugreifen. Die Mittel desselben sind jedoch nicht ausreichend, um zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste den armen Familien einen Weihnachtstisch zu decken und sollen deshalb durch eine humoristische Soiree die Mittel zu einer Weihnachtsbescheerung beschafft werden. Die Soiree, zu welcher der Sängerchor der „Stettiner Handwerker-Ressource", unter Leitung des Herrn Lehrers Riecke, sowie geschätzte Dilettanten bereitwilligst ihre Mitwirkung zugesagt haben, findet Mittwoch, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Wolffs Saal statt und bietet ein ebenso reichhaltiges, wie unterhaltendes Programm. Wir können mit Rücksicht auf den guten Zweck den Besuch dieser Soiree warm empfehlen.

— Der Regierungsrath Herr hierselbst ist zum Mitglied des Bezirksausschusses zu Köslin und zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Vorsitz, mit dem Titel Verwaltungsgerichts-Direktor, ernannt worden.

Konzert.

Stettin, 5. Dezember. Das dritte Abonnements-Konzert der Herren Koßmaly und Jancovius, welches gestern Abend im großen Saale des neuen Konzerthauses stattfand, wurde eröffnet mit Schuberts 7. Symphonie in C-dur. Dieses Werk, in welchem sich das Ingenium des Komponisten für die romantische Schule, deren eigentlicher Begründer er ist, so recht offenbart, enthält Unvergleichliches in Harmonie, Melodie, Rhythmus und Kunstform. Es war uns daher doppelt angenehm, einmal wieder einem Werk eines ältern Meisters zu begegnen, nachdem wir Brahms, Goldmark, Hoffmann gehört hatten. Aus den 4 Sätzen der Symphonie heben wir namentlich, was Melodik betrifft, das Andante con moto und das Scherzo hervor, welche auf Motiven aufgebaut sind, denen ungarische und Zigeuner-Weise zum Grunde liegen. Der Modulations-Wechsel in allen 4 Sätzen ist nicht herb und schroff und nach Effektsmomenten haschend, sondern natürlich, nicht wie bei neueren Komponisten, welche, um Originelles zu schaffen, eine Terze über die andere bauen, und mit unaufgelösten Terzdezimen-Akkorden in fortwährenden Dissonanzen arbeiten, so daß eigentlich nur der Anfangs- und der Schlußakkord eine Harmonie bildet. Nur aus der natürlichen Ton- und Harmonie-Gestaltung offenbart sich die wirkliche, wahre Begabung eines gottbegnadigten Komponisten. — Was die Ausführung des Werks durch das Jancovius'sche Orchester unter Leitung des Herrn Musikdirektors Koßmaly betraf, so war dieselbe den edlen Intentionen des Komponisten im höchsten Grade angemessen.

Demnächst begeisterte die Zuhörer Frau Langerhanß-Rahé durch einen vollendet künstlerischen Vortrag der klassischen Fidelio-Arie „Ah perfido" und erntete großen Beifall. Die Stimmmittel der früheren Primadonna unserer Oper haben im Laufe der Zeit um ein Bedeutendes gewonnen, und haben wir die außerordentlichen Vorzüge derselben früher wiederholt besprochen. Sie sang noch 2 Lieder: „Mignon" von Liszt und „Gretchen am Spinnrad" von Schubert mit gleicher künstlerischer Gewandtheit.

Darauf lernten wir Fräul. Liebig aus Berlin als Pianistin kennen. In dem Vortrage von Mendelssohn's „Capriccio in H-moll" mit Orchester und in der „Nocturne op. 55 I" und „Valse E-moll" von Chopin für Flügel allein bekundete diese eine saubere, korrekte, vollendete Technik. Der Anschlag ist abgerundet und zart, und unterscheidet sich dadurch wesentlich von dem stürmischen Klavier-Pauken vieler moderner Pianisten der Gegenwart, die da glauben mögen, daß ein „großer Ton" unbedingt zu einem „großen Pianisten" gehören müsse. Ihr Vortrag athmet Seele und Gemüth. Das Publikum schien sehr befriedigt und ertheilte bereitwilligst den wohl verdienten Beifall.

Wir kommen nun zu dem Schlußsatze des Konzerts, der in einer Novität „Ouverture (Normannenfahrt) von A. Dietrich bestand, dirigirt von Hrn. Kapellmeister Jancovius, welcher auch die übrigen Programm-Nummern mit Orchester außer der Symphonie von Schubert mit feiner Umsicht leitete.

Hierbei können wir nicht unterlassen, zu erwähnen, daß Herr Jancovius mehrere Minuten mit dem Anfange der Ouverture warten mußte, weil ein Theil des Publikums durch frühen Aufbruch Störung veranlaßte. Es ist, wie wir bereits wiederholt bemerkt haben, dies der „übliche Gänsemarsch", den ein Theil des „kunstsinnigen" Publikums sich anscheinend zur Regel gemacht hat. Möchte dies doch endlich eingestellt werden!

Doch zur Ouverture von Dietrich. Aus dem Werke, welches höchst romantisch erdacht ist, spricht große Begabung des Komponisten. Der ganze symphonische Aufbau des Tonstücks mit seinen modulatorischen Gestaltungen und rhythmischen Durchführungen nöthigte uns Bewunderung ab. Wir hoffen dem Werke, dessen Schöpfer sich unbedingt Bahn brechen wird, bald wieder zu begegnen und werden uns dann umständlicher darüber aussprechen.

Die Klangfülle des Bechstein'schen Konzertflügels aus dem Magazin des Herrn Kommissionsraths Wolkenhauer kam vortrefflich zur Geltung.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Dorf und Stadt."

Ein Telegramm aus Königsberg meldet uns gestern: „Herr Bötel sang am Mittwoch Abend den „Lyonel". Er fand wiederum stürmischen Beifall, der namentlich nach der Arie, welche er repetiren mußte, außergewöhnliche Dimensionen annahm, und wurde mehr als zwanzig Mal gerufen."

Aus den Provinzen.

Kolberg, 3. Dezember. Auf Veranlassung des Brieftaubenzucht-Vereins „Phönix" in Berlin ist hier eine Brieftauben-Station eingerichtet und die Leitung derselben dem Ingenieur-Major Taubert übergeben worden. Auch in anderen Küstenstädten sollen ähnliche Stationen angelegt werden.

Vermischte Nachrichten.

— Die Bilanz einer bekannten Aktien-Spinnerei hat nach dem „B. B. C." einen Additionsfehler aufzuweisen, demzufolge 3 pCt. Dividende zu viel vertheilt wurden. Das erinnert einen Anekdotarius an eine Geschichte aus seinem Leben. „Ich kam einmal", erzählt derselbe, „vor vielen Jahren in eine Familie, wo großer Jubel herrschte! „Brillante Bilanz" — sagte der Vater — „1800 Thaler verdient!" — Ich gratulirte. Vierzehn Tage später kam ich in den Laden des Mannes. Vater und Mutter weinten, und in der anderen Ecke stand der Sohn mit rothen Ohren, gleichfalls heulend. „Was ist?" fragte ich betroffen. „Ach denken Sie sich", sagte die Frau: „Der Esel, unser Junge, hat in der Bilanz die Jahreszahl mit addirt."

— (Gute Antwort.) Von einer der beliebtesten Operettensängerinnen in Berlin wird eine kleine, recht charakteristische Garderobenbosheit berichtet. Ein junger Mann, dessen Bewunderung für die Kunst mit dem Interesse für die Personen der Künstler und Künstlerinnen parallel geht, ließ der sangeskundigen Diva während der Vorstellung durch den Theaterarzt allerlei Schönes über ihre künstlerische Begabung und ihr Spiel sagen. Der eifrige Aeskulapgänger ging sofort hinter die Kulissen und berichtete der temperamentvollen Sängerin von ihrem neuesten Bewunderer. „Weiß der Herr, daß ich verheirathet bin?" war ihre ruhige Entgegnung.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 5. Dezember. Die Rettungsstation Cuxhafen der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 5. Dezember von der Oldenburger Brigg „Catharine", Kapitän Brumund, gestrandet auf Kratzsand, von der Südsee nach Hamburg bestimmt, 11 Personen gerettet durch das Rettungsboot „Köln". Schwerer Weststurm mit Gewitter. Schiff verloren.

Krefeld, 5. Dezember. Wie die „Krefelder Zeitung" meldet, fuhr heute Morgen eine leere Maschine dem um 7 Uhr hier abgehenden ersten Personenzuge nach Köln beim Ausfahren aus dem Bahnhofe in die Flanke, wodurch ein Gepäckwagen zertrümmert und drei Personenwagen beschädigt wurden. Passagiere sind nicht verletzt worden. Der Lokomotivführer der leeren Maschine wurde leicht verwundet.

Köln, 5. Dezember. Der Oberbürgermeister hat den Stadtverordneten in der gestrigen Sitzung mitgetheilt, daß die Stadt den Prozeß wegen Rückgabe der in dem letzten Kriege zu viel erhaltenen Servisgelder bei dem Reichsgericht verloren habe. Die Stadt Köln hat daher ungefähr eine Viertelmillion Mark an den Staat zurückzuzahlen.

Aachen, 5. Dezember. Siebzehn bei Rochefort gescheiterte deutsche Seeleute trafen heute von Paris kommend hier ein; dieselben werden nach ihrem Stationsorte Danzig weiterbefördert.

Wien, 4. Dezember. Der russische Botschafter in Konstantinopel, v. Nelidow, hat sich heute von hier nach Berlin begeben.

Bern, 5. Dezember. Die vereinigte Bundes-Versammlung wählte die bisherigen Mitglieder des Bundesrathes wieder. Zum Präsidenten für das Jahr 1885 wurde Schenk (radikal), zum Vizepräsidenten Deucher (radikal), zum Präsidenten des Bundesgerichtes Olgiati (radikal), zum Vizepräsidenten Kopp (konservativ) gewählt.

Rom, 5. Dezember. In der betreffenden Kommission der Deputirtenkammer wurde bei der Berathung über die Verbesserung des Hafens von Assab die Kolonialpolitik besprochen; hierbei wurde der Vorsitzende der Kommission beauftragt, die Regierung wegen ihres Programms in Bezug auf das Rothe Meer zu interpelliren.

London, 4. Dezember. Das Unterhaus nahm die Bill über die Neueintheilung der Wahlbezirke in zweiter Lesung nach einer 7stündigen Debatte an und beschloß, sich am Sonnabend bis zum 19. Februar zu vertagen.